



**GEDENKEN HEISST HANDELN.
9.11.2018
80 JAHRE
REICHSPÖGROMNACHT**

**NAZIAUFMARSCH
VERHINDERN!**

**9. NOVEMBER 2018
UM DEN WASHINGTONPLATZ
UND IN GANZ BERLIN AB 17 UHR**

Achtet auf Ankündigungen unter www.berlingegenrechts.de
#b0911 #GedenkenheißtHandeln

GEDENKEN HEISST HANDELN

Die Reichspogromnacht jährt sich am 9. November 2018 zum 80. Mal – genau dann wollen die Neonazis von *Wir für Deutschland e.V.* um Enrico Stubbe, die mehrfach die rechtsradikalen „Merkel muss weg“-Aufmärsche organisiert haben, unter dem Motto „Den Opfern deutscher Politik“ durch Berlins Mitte marschieren.

Dieser Ungeheuerlichkeit treten wir mit aller Entschlossenheit entgegen! Deswegen rufen wir alle Berliner*innen dazu auf, an diesem Tag alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um den Nazis nicht die Straße zu überlassen!

Die am 9. November 1938 von der SA und ihren Helfer*innen aus der Bevölkerung begangenen Verbrechen sind weder relativierbar noch umdeutbar. Die Polizei des Deutschen Reiches sah weg, während Wohnungen zerstört, Synagogen niedergebrannt, hunderte Jüd*innen misshandelt, gedemütigt und ermordet wurden. Im Anschluss wurden tausende jüdische Menschen systematisch in Konzentrationslagern inhaftiert. Es folgte die Deportation und Ermordung der europäischen Jüd*innen, die Shoah.

Ein Nazi-Aufmarsch an diesem Tag in der Berliner Innenstadt ist eine Verhöhnung aller Opfer der Shoah. Sich diesem Aufmarsch entgegenzustellen, ist gerade in Zeiten des wiedererstarkenden Antisemitismus für alle Pflicht.

Der Berliner Innensenat unter Ägide der SPD ist mit seiner jahrelangen Praxis der Absicherung von Naziaufmärschen zu jeder Zeit und zu jedem Anlass mitverantwortlich dafür, dass Berlin für Neonazis und Faschisten aller Schattierungen – trotz erheblichen gesellschaftlichen Widerstandes – ein attraktives Aufmarschgebiet darstellt. Bis heute werden Aufmarschrouten nicht transparent gemacht, ganze Stadtteile hermetisch abgesperrt, Gewaltanwendung gegen protestierende Antifaschist*innen und deren Strafverfolgung sind in Berlin Standard. Der R2G-Senat muss sich entscheiden, ob er in aller Deutlichkeit zu einem antifaschistischen Grundkonsens steht oder mit dieser Art der Politik weiter gegen den antifaschistischen gesellschaftlichen Protest arbeiten will.

Gemeinsam wollen wir deshalb auch dieses Jahr an die ermordeten Jüd*innen erinnern und ihrer würdig gedenken. Die Ereignisse des 9. November 1938 waren, sind und bleiben eine Mahnung für die Gegenwart und Zukunft. In diesem Sinne wird sich auch unser vielfältiger Protest gestalten und es dennoch an Vehemenz nicht fehlen lassen. Kein Platz für nationalistisches Gedankengut und rechte Parolen.

Kein Vergeben, kein Vergessen.